

II-11384 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5462 1J

1993 -10- 21

A N F R A G E

der Abg. Ing. Meischberger und Kollegen
an den Bundesminister für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Mineralölsteuererhöhung ab 1.1.1994

In den letzten Monaten flammte immer wieder die Diskussion um eine Erhöhung der Mineralölsteuer ab 1.1.1994 auf. Vor allem die sich als zuständig produzierende Umweltministerin Rauch-Kallat, aber auch der Wirtschafts- und der Verkehrsminister steigen immer wieder in diese Diskussion ein, wobei permanent mit falschen Fakten und Taten argumentiert wird. Die Palette dieser Argumentationslinie reicht von den durch eine Mineralölsteuererhöhung zu erreichenden umweltpolitischen Erfolgen, über die Finanzierung des Straßennetzes bis hin zur Argumentation des Verkehrsministers, der Ausbau des Nahverkehrs werde damit finanziert.

Derzeit beträgt der CO₂-Anteil des Verkehrs in Österreich etwa 16 %, davon stammen nur 8 % von PKW's.

Der Anteil Österreichs an den sogenannten Treibhausgasen beträgt - in Relation zu den Emissionen der gesamten Welt - insgesamt 0,3 %. Der Anteil des PKW-Verkehrs läßt sich somit nicht einmal in Promille feststellen, - selbst wenn man in Österreich eine Verringerung von 30 % bewirken könnte, wäre - laut Auskunft der SPÖ-nahen Autofahrerorganisation ARBÖ - die Wirkung auf das Weltklima praktisch Null.

Mit einer Mineralölsteuererhöhung jedenfalls läßt sich eine Verringerung der CO₂-Emissionen mit Sicherheit nicht bewirken. Und daß die aus der Erhöhung der Mineralölsteuer gewonnenen Finanzmittel dem Umweltschutz zu Gute kommen, wurde bereits bei allen vergangenen Mineralölsteuererhöhungen widerlegt.

Die Bundesregierung hält aber offensichtlich Österreichs Autofahrer wirklich nur mehr für eine steuerliche "Melkkuh".

So haben die österreichischen Steuerzahler in den letzten Jahren nicht weniger als 212 Milliarden Schilling in den Steuertopf eingezahlt, und das in Form der Mineralölsteuer, KFZ-Steuer, Mehrwertsteuer, Normverbrauchsabgabe, Versicherungssteuer, Straßenverkehrsbeitrag, Mauten usw.

Es ist weitgehend ungeklärt, ob und wieviel überhaupt aus diesen Mitteln in den Umweltschutz geflossen sind.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an die Frau Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie

A n f r a g e :

- 1) Auf welcher "wissenschaftlichen Grundlage" gründet Ihr Vorschlag, den Benzinpreis um 1,20 Schilling zu erhöhen?
- 2) Welche unmittelbaren und mittelbaren umweltpolitischen Verbesserungen würde eine solche Erhöhung für den österreichischen Umwelthaushalt nach Ihrem "Wissensstand" jährlich bringen?
- 3) Welche unmittelbaren und mittelbaren umweltpolitischen Verbesserungen würde eine solche Erhöhung für den internationalen Umwelthaushalt nach Ihrem "Wissensstand" jährlich bringen?
- 4) Welche Mittel wurden aus dem Titel der Mineralölsteuer seit 1990 für umweltpolitische Maßnahmen ausgegeben?
- 5) Haben Sie als zuständige Familienministerin analysiert, welche finanziellen Mehrbelastungen eine Mineralölsteuererhöhung von 1,20 Schilling bedeuten würde?
- 6) Welche Mehrbelastung ergibt sich daraus?

- 7) Wenn nein, warum nicht?
- 8) Wären Sie bereit, die den österreichischen Familien durch eine Mineralölsteuererhöhung erwachsenden Mehrbelastungen in irgendeiner Form abzugelten?
- 9) Welche finanzielle Mehrbelastung würde das für das Familienbudget Ihres Ministeriums bedeuten?
- 10) Würde dieses Finanzierungsmanko nicht auch zu Lasten des Umweltbudgets gehen?
- 11) Wenn ja, in welcher Höhe?